

Stellungnahme des AdB zum Jahresthema 2008:

## **Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft**

**In Deutschland leben heute über 15 Millionen Menschen, die selbst oder deren Familien aus unterschiedlichsten Teilen der Welt hier eingewandert sind. Ihre Integration ist – auch vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland – die zentrale politische Herausforderung für Regierungen, Parlamente und zivilgesellschaftliche Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen.**

Integration ist unabdingbar, um ein friedliches und demokratisches Miteinander zu sichern. Die Erfahrungen aus der Nachkriegszeit und bei der Wiedereinführung der Demokratie in Deutschland haben gezeigt, dass demokratisches Verhalten immer wieder gelernt und erfahren werden muss, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen und um die Demokratie im eigenen Lebensalltag zu verankern. In diesem Sinne müssen die Anstrengungen erhöht werden, um die anstehenden Integrationsleistungen meistern zu können. Integration ist dabei als wechselseitiger Prozess zwischen der aufnehmenden Gesellschaft und der zugewanderten Bevölkerung zu verstehen. Sie orientiert sich an der Anerkennung der kulturellen Vielfalt sowie am Ziel des gleichberechtigten Miteinanders auf der Grundlage des Grundgesetzes; dies setzt auch die Offenheit und Veränderungsbereitschaft der Einwanderungsgesellschaft voraus.

Die für das Leben in einer demokratischen pluralen Gesellschaft notwendigen Kompetenzen umfassen die Fähigkeit zur Partizipation, zur friedlichen Konfliktregelung, zur Auseinandersetzung mit Unterschieden und Fremdem, zur Reflexion der eigenen Identität und zum Erkennen von Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der sozialen und ethnischen Herkunft sowie der Religion. Dazu gehört auch, die Vielfältigkeit von Kulturen als Chance zu begreifen und die darin liegenden Potenziale für die Entwicklung der Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist über Jahrzehnte hinweg vernachlässigt und Deutschland als Einwanderungsland geleugnet worden. Mit der Verabschiedung des Nationalen Integrationsplans werden erstmals überprüfbare Ziele und Selbstverpflichtungen formuliert, denen ernst gemeinte Integrationsbemühungen unterstellt werden können.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten unterstützt die hier lebenden Menschen in ihrer Bereitschaft zur Mitgestaltung der Gesellschaft und schafft durch adäquate Bildungsangebote in seinen Mitgliedseinrichtungen wirkungsvolle Voraussetzungen für soziales Lernen und Demokratielernen. Die Praxis der politischen Bildung im AdB versteht sich als Beitrag zur Integration.

Der AdB begrüßt die Aufstellung des längst überfälligen Nationalen Integrationsplans und teilt dessen Aussage, dass eine erfolgreiche Integration durch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Migrantenorganisationen gefördert wird. Die gleichberechtigte und eigenverantwortliche Teilhabe an der Zivilgesellschaft ist dafür Voraussetzung.

Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen werden das Jahresthema „Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ im Jahr 2008 in den Mittelpunkt ihrer Bildungsarbeit stellen. Konkret bedeutet dies, dass sich der AdB verstärkt bemüht

- den Anteil der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund bei Veranstaltungen der politischen Bildung zu erhöhen;
- die Didaktik der politischen Bildung in der Arbeit mit dieser Zielgruppe weiter zu entwickeln;
- Migrantenselbstorganisationen auf die politische Bildung im AdB offensiv aufmerksam zu machen und Kooperationen bzw. Mitgliedschaften einzugehen;
- die Diskussion um politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft fortzuführen und zu qualifizieren.

Der AdB will damit demokratische Kompetenzen im Integrationsprozess fördern.

*Beschlossen von der Mitgliederversammlung des AdB am 29.11.2007 in Hamburg*